



Fördermittel in der Energiekostenkrise optimal einsetzen:

**Wie die Bundesregierung
Energiearmut gezielt verringern kann
und die Bevölkerung davon profitiert**

Seit dem Überfall auf die Ukraine und der daraus resultierenden Energiekrise Anfang 2022 sah sich die Bundesregierung angesichts steigender Energiepreise gezwungen, einen erheblichen Teil des Staatshaushalts für die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen bereitzustellen. Dies galt als einmalige Maßnahme, jedoch zeigt eine neue Studie des Öko-Instituts für den Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.: Die Bundesregierung müsste die Haushalte jedes Jahr mit **6 Mrd. €** unterstützen, um nur ein Drittel der zusätzlichen Energiekosten aufzufangen – auch wenn die Preise nicht erneut die Spitzenwerte von 2022/2023 erreichen. Diese Zahl könnte gar auf **14 Mrd. €** pro Jahr steigen, wenn die Preise erneut auf die Spitzenwerte von 2022 klettern.

Doch die Mittel im Bundeshaushalt könnten geschickter eingesetzt werden, wenn die finanzielle Unterstützung auf die Menschen mit dem größten Bedarf ausgerichtet würde. Die Hilfe kann in Form von Zuschüssen sowie als Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien geleistet werden. Unsere Studie zeigt, dass nur **2,2 Mrd. €** pro Jahr erforderlich wären, um einkommensschwache Haushalte mit einem Energiekostenzuschuss deutlich zu entlasten. Zusätzlich könnte ein gezieltes Programm für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, das sich an besonders einkommensschwache Haushalte richtet, für **336 Mio. €** pro Jahr realisiert werden. Mit langfristigen Gesamtinvestitionskosten von schätzungsweise 16,7 Mrd. € könnte dieses Programm vulnerablen Haushalten helfen, Energiekosten in einer Höhe von bis zu **20 Mrd. €** einzusparen.

Dieser effiziente Einsatz öffentlicher Mittel hilft nicht nur Energiearmut entgegenzuwirken, sondern reduziert zugleich Energieimporte und beschleunigt die Dekarbonisierung im Gebäudesektor. Mit den richtigen Rahmenbedingungen bei Finanzen, Technik und Beratung, die auf einkommensschwache Haushalte zugeschnitten sind, können diese No-regret-Maßnahmen schnell und wirksam umgesetzt werden.

6 Mrd. €

wären weiterhin jährlich erforderlich, um Haushalten zu helfen, nur ein Drittel der zusätzlichen Energiekosten aufzufangen

Bei hohen zukünftigen Energiepreisen könnten hierfür sogar **14 Mrd. €** nötig werden

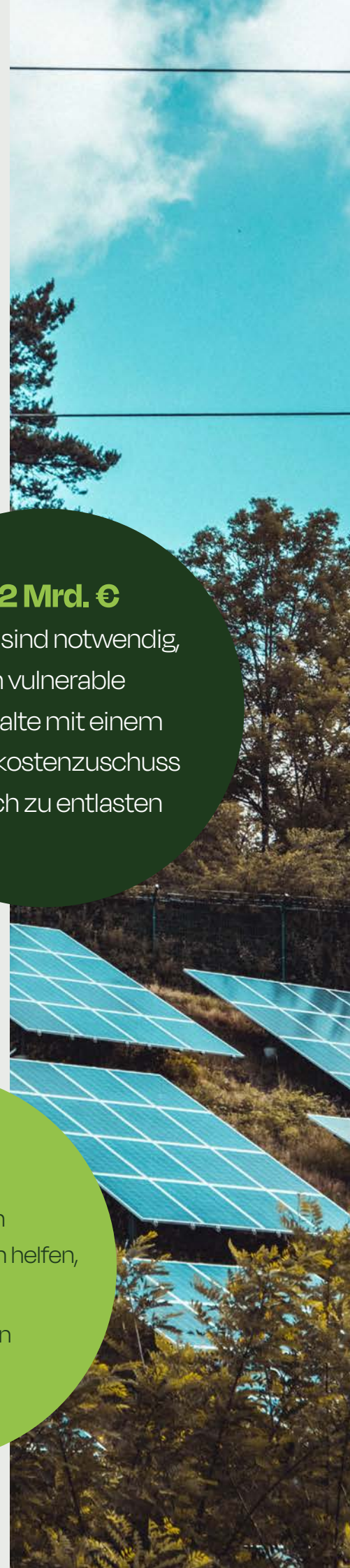
2,2 Mrd. €

pro Jahr sind notwendig, um vulnerable Haushalte mit einem Energiekostenzuschuss deutlich zu entlasten

Ein gezieltes Programm für die Investition in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, das sich an besonders vulnerable Haushalte richtet, erfordert jährliche Investitionskosten von

336 Mio. €

Dieses Programm kann vulnerablen Haushalten helfen, **20 Mrd. €** an Energiekosten einzusparen



Hintergrund

Im letzten Winter investierte die Bundesregierung über 250 Mrd. € um die finanziellen Auswirkungen der Energiekrise auf Privathaushalte und Unternehmen abzufedern. Für einkommensschwache Haushalte, die einen maßgeblichen Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden, war dies ein wichtiger Rettungsanker. **Die vorliegende Studie** zeigt jedoch, dass die Bundesregierung Gefahr läuft, sich in einem Kreislauf teurer Entlastungspakete zu verlieren, während Familien mit niedrigem Einkommen nicht aus der Energiearmut herauskommen. Es gilt daher, die Unterstützung von Haushalten zukünftig sinnvoller zu gestalten.

Auch wenn die Energiepreise nicht wie im Vorjahr explodieren, müsste Deutschland dennoch 6 Mrd. € aufwenden, um nur 30 % der Energiepreissteigerungen aufzufangen, die auf deutsche Haushalte im kommenden Winter im Vergleich zu 2019 voraussichtlich zukommen. Wenn die Preise das Niveau des Winters 2022/2023 erreichen, könnte sich diese Summe auf über 14 Mrd. € erhöhen (ein detaillierter Kostenvergleich für Entlastungsprogramme bei unterschiedlichen Fördersätzen und für verschiedene Zielgruppen findet sich auf Seite 16).

Daten zeigen, dass rasante Preisanstiege im Winter 2022/2023 zu einer maßgeblichen Erhöhung der Energieausgaben geführt haben, insbesondere bei einkommensschwachen Haushalten. Während diese in Deutschland zuvor etwa 6,1 % ihres Einkommens für Energie aufwenden mussten, waren es letztes Jahr ganze 9,7 %, was einem Anstieg um knapp 60 % entspricht. Gleichzeitig verzeichneten die Haushalte der oberen Einkommensgruppe einen niedrigeren Ausgangswert und eine geringere Erhöhung: Der auf Energiekosten entfallende Ausgabenanteil stieg von 4,4 % auf 7 % an (Anstieg um ebenfalls knapp 60 %).

Diese Entwicklung ließ sich auch in anderen Ländern beobachten. In Italien beispielsweise stiegen die Energieausgaben im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen von einkommensschwachen Haushalten letztes Jahr von 11 % auf 22 %, während einkommensstarke Haushalte einen Anstieg von 3 % auf 6 % verzeichneten. Daran zeigt sich, dass die staatliche Unterstützung auf einkommensschwache Haushalte konzentriert werden sollte.

Worin besteht das Problem?

Letztes Jahr erhielten alle Haushalte staatliche Energiekostenzuschüsse – diese wurden nicht nach Bedarf, Einkommen oder Vermögen differenziert. Laut dieser Studie sollte die Bundesregierung hier den Kurs ändern, da solche Entlastungen 'mit der Gießkanne' Risiken mit sich bringen:



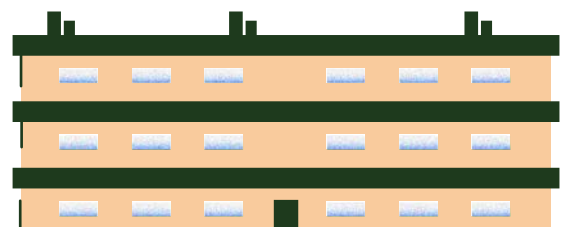
Sie sind teuer und somit eine nicht dauerhaft aufrechtzuerhaltende Belastung des Staatshaushalts, selbst wenn die Preise in absehbarer Zukunft nicht die Höchstwerte aus dem Winter 2022/2023 erreichen.



Haushalte, die keine finanzielle Unterstützung benötigen, erhalten Zuschüsse, obwohl einkommensschwache Haushalte von den Energiepreissteigerungen am stärksten betroffen sind. Somit werden staatliche Mittel ineffizient eingesetzt.



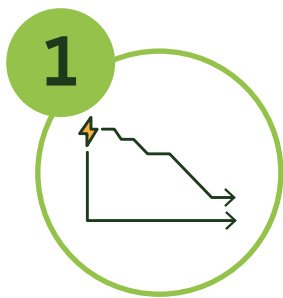
Sie fördern indirekt den (fossilen) Energieverbrauch. Gleichzeitig wirken sie Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien entgegen und verlängern die Abhängigkeit von importierten und teuren fossilen Brennstoffen.



Wie könnte die Lösung aussehen?

Mittel zielgerichtet einsetzen

Die vorliegende Studie des Öko-Instituts im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands e.V. hat ergeben, dass eine gezielte Ausrichtung der Unterstützung auf vulnerable Gruppen sowie geförderte Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien Folgendes erreichen könnten:



Langfristige Abmilderung der Energiepreiskrise



Verringerung von Energiearmut



Reduzierung der Notwendigkeit von Notfallmaßnahmen, da Haushalte beginnen, von Energieeffizienz und sauberer Energie zu profitieren



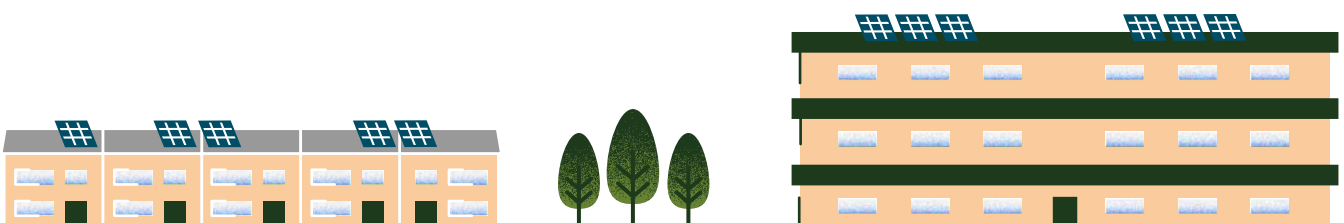
Reduzierung von Energieimporten



Senkung der Treibhausgasemissionen



Beitrag zur Erreichung der nationalen und internationalen Klimaziele.



Wie kann der Bundesregierung die Umstellung gelingen?

Gezielte Entlastung einkommensschwacher Haushalte: Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass nur 2,2 Mrd. € benötigt werden, um gezielt die vulnerabelsten Haushalte in Deutschland mit Energiekostenzuschüssen zu unterstützen, welche 80% der Zusatzkosten im Vergleich zu ihren Energiekosten im Jahr 2019 abdecken. Im Vergleich: Energiekostenzuschüsse für alle Haushalte in Höhe von 30 % der Zusatzkosten würden den Staat 6,1 Mrd. € kosten – also fast das Dreifache. Und diese Zahl könnte sogar auf 14 Mrd. € pro Jahr steigen, sollten die Energiepreise erneut auf die Spitzenwerte von 2022 klettern.

Gezielte Förderung von Energieeffizienz sowie Umrüstung auf erneuerbare Energien für einkommensschwache Haushalte: Eine gezielte, finanzielle Förderung in Höhe von 80 % der Investitionskosten für Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien erfordert Gesamtinvestitionskosten von 16,7 Mrd. € (bzw. 336 Mio. € annualisiert). Der Bedarf bewegt sich somit auf ähnlichem Niveau wie die 14 Mrd. € für Kostenzuschüsse an alle Haushalte (in einem Preisszenario wie im Winter 2022/2023). Auf Seite 16 findet sich eine detaillierte Vergleichsaufstellung der Investitionskosten zu unterschiedlichen Fördersätzen und der realisierbaren Energiekosteneinsparungen. Dabei werden nicht in allen einkommensschwachen Haushalten gleichermaßen Maßnahmen umgesetzt, sondern mit Ausnahme der Kampagne nur in maximal 12 % der Haushalte. Dazu gehören einerseits relativ günstige und leicht umzusetzende sowie No-regret-Maßnahmen (Informationskampagnen, Durchführung eines hydraulischen Abgleichs und die Installation von Photovoltaik-Anlagen), aber auch kosten- und aufwandsintensivere Maßnahmen, die jedoch schlussendlich besonders wirksam sind, wie etwa eine Verbesserung der Gebäudedämmung und des Heizsystems.



Welche Vorteile ergeben sich für die Haushalte?

Die Studie zeigt auf, dass sich die Energiekosteneinsparungen aus diesen Maßnahmen bei den betroffenen einkommensschwachen Haushalten über die Laufzeit der Maßnahmen auf bis zu 20 Mrd. € belaufen könnten. Anders ausgedrückt: auf knapp 120% der erforderlichen Gesamtinvestitionen. Jeder einzelne Haushalt würde über die Laufzeit der Maßnahmen durchschnittlich 3.420 € bzw. 12,0 % der Energiekosten einsparen.

Durch eine Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien könnten einkommensschwache Haushalte ihren Energieverbrauch insgesamt um 12,2 % senken. Damit würden diese Haushalte auch weniger Unterstützung benötigen, sodass mehr Mittel für Energieeffizienz-Maßnahmen und die Umrüstung auf erneuerbare Energien zur Verfügung ständen.

Jeder einzelne Haushalt würde über die Laufzeit der Maßnahmen durchschnittlich 3.420 € oder 12,0 % der Energiekosten einsparen.

Welchen Beitrag würden die Maßnahmen in Deutschland zur Erreichung der Energie- und Klimaziele leisten?

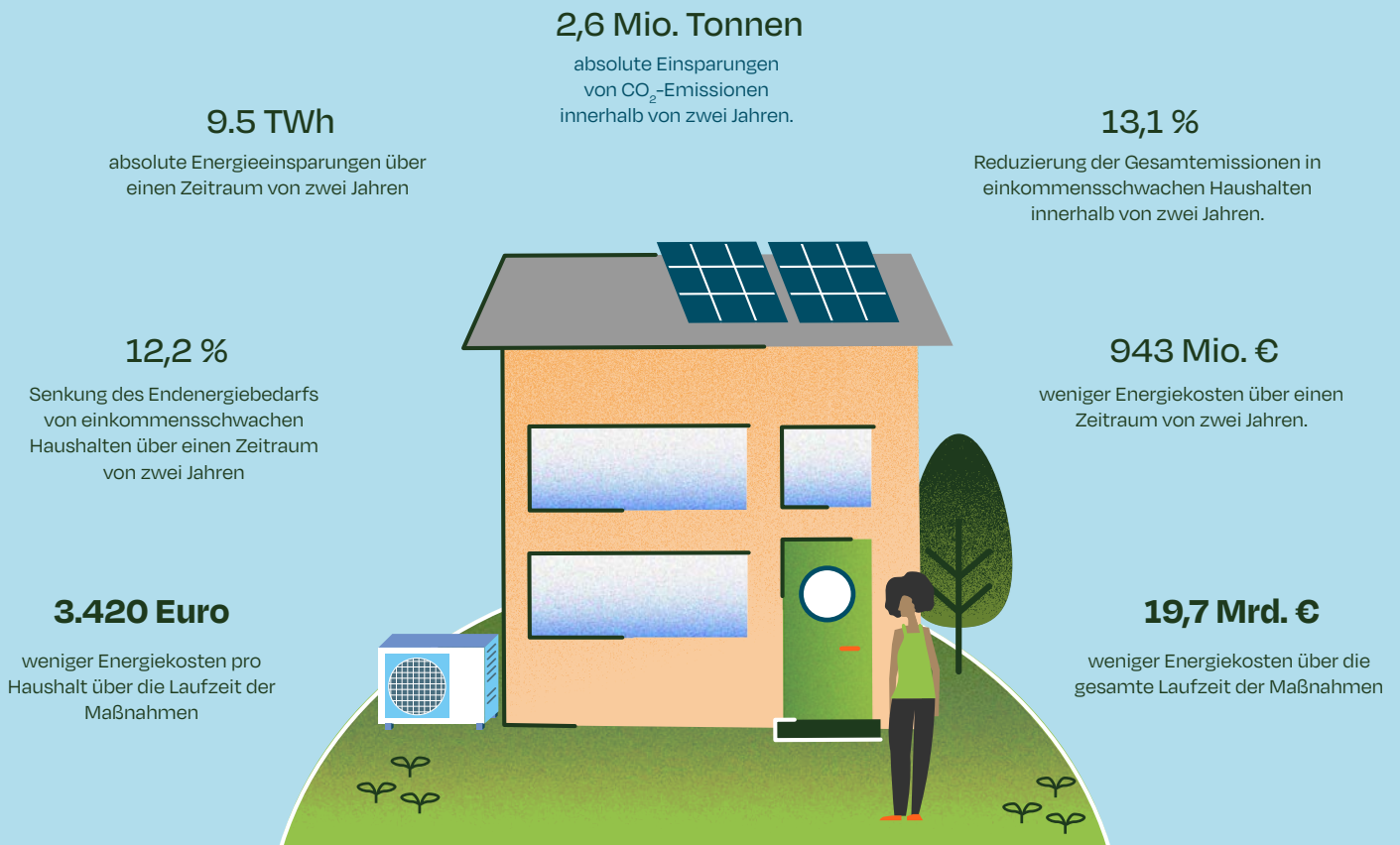
Die neue Energieeffizienzrichtlinie der EU verpflichtet die Mitgliedstaaten, ihren Jahresverbrauch zwischen 2024 und 2025 durch die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen um 1,3 % zu senken. Zudem muss ein bestimmter Anteil dieses Prozentsatzes aus Einsparungen stammen, die in den vulnerabelsten Teilen der Bevölkerung eines Mitgliedstaats erzielt werden (die sogenannte Zweckbindung).

Unsere Studie zeigt, dass die Energieeinsparungen aus den vorgeschlagenen Maßnahmen 14 % der Gesamteinsparungen ausmachen können, die Deutschland in diesem Zeitraum realisieren muss. Da sich diese Energieeinsparungen ausschließlich aus Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien für vulnerable Haushalte ergeben, zahlen sie damit auch auf die Zweckbindung ein.

Weiterhin sind diese Maßnahmen mit zusätzlichen Vorteilen verbunden, die zur Erreichung von Deutschlands Energie- und Klimazielen beitragen:

- Im Rahmen der weitergreifenden Maßnahmen kann die Installation von Wärmepumpen und Solarwärmekollektoren 3,6 % der pro Jahr von einkommensschwachen Haushalten verbrauchten fossilen Brennstoffe ersetzen.
- Die Kombination aller Maßnahmen kann die CO₂-Emissionen um 2,6 Megatonnen reduzieren – das entspricht 13,1 % der Gesamtemissionen aller einkommensschwachen Haushalte in Deutschland.

Die Vorteile von Maßnahmen für einkommensschwache Haushalte



Wie geht es weiter?

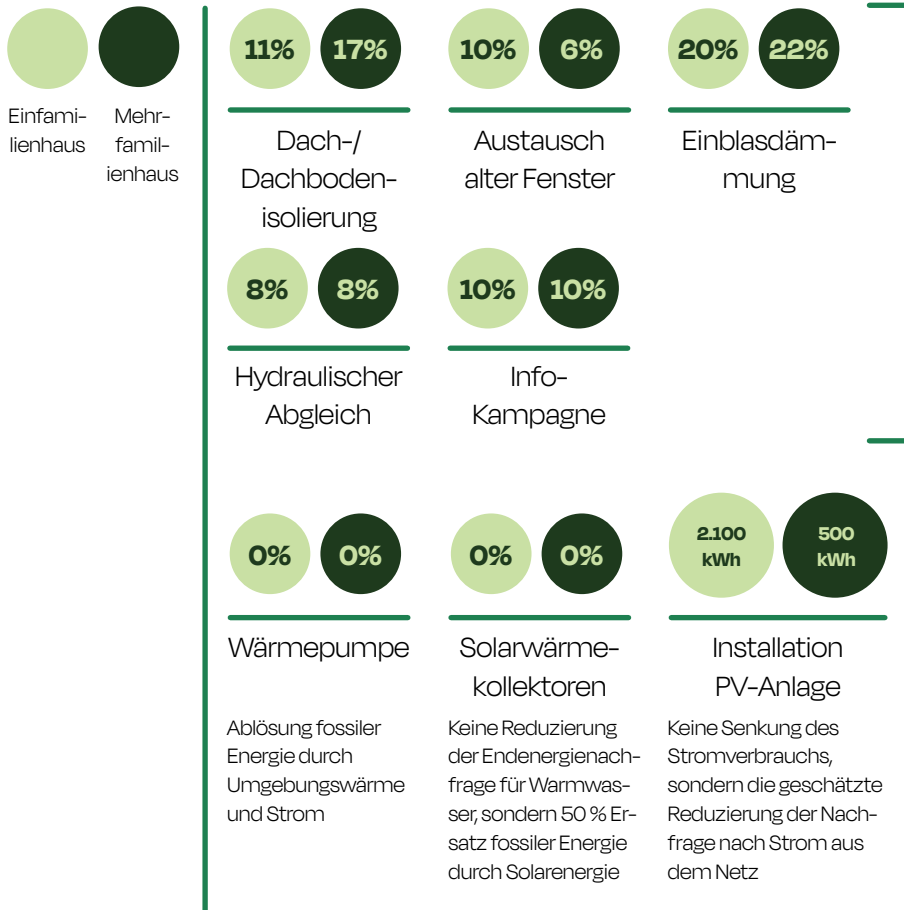
Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien lassen sich mit passenden finanziellen und technischen Rahmenbedingungen sowie Beratungsprogrammen für einkommensschwache Haushalte schnell umsetzen.

Die Studie schlägt ein vielfältiges Spektrum von kostengünstigen sowie kostenintensiveren Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien vor. Diese können den Energieverbrauch kurzfristig deutlich senken (und haben darüber hinaus auch eine langfristige Wirkung), sodass Haushalte ihre Kosten reduzieren und zukünftige Preisschwankungen besser auffangen können. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- Gebäudehülle: Obergeschoss-/Dachisolierung, Einblasdämmung, Austausch alter Fenster
- Heizungssysteme: Wärmepumpen, Solarwärmekollektoren, hydraulischer Abgleich
- Fotovoltaik-Anlagen (inkl. Balkonsolaranlagen für Mehrfamilienhäuser)
- Informationskampagnen zu verfügbaren Förderprogrammen und Energiesparberatung, einschließlich günstiger Starter-Pakete



Maßnahmen und ihre typischen Energieeinsparungen in Deutschland



Anteil des Endenergiebedarfs für Raumheizung

Ablösung fossiler Energie durch Umgebungswärme und Strom

Keine Reduzierung der Endenergienachfrage für Warmwasser, sondern 50 % Ersatz fossiler Energie durch Solarenergie

Keine Senkung des Stromverbrauchs, sondern die geschätzte Reduzierung der Nachfrage nach Strom aus dem Netz



Die Summe der erforderlichen staatlichen Mittel für diese Maßnahmen, insbesondere bei einem Fördersatz von 80 oder 100 %, liegt deutlich höher als die Kosten bestehender nationaler Instrumente für einkommensschwache Haushalte. Das bedeutet, dass die aktuellen Programme entsprechend ausgeweitet werden müssen. Außerdem sind eine gezielte Beratung und Unterstützung auf technischer Ebene erforderlich, um einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu diesen Fördermitteln zu erleichtern.

Die Unterstützung kann zum einen durch EU-Fördermittel erfolgen. Gleichzeitig sollten bestehende nationale Förderprogramme auf die gezielte Unterstützung einkommensschwacher Haushalte umgestellt werden. Ebenso wichtig ist der bedachte Umgang mit den unterschiedlichen Anreizen für Vermietende und Mietende, da viele einkommensschwache Haushalte in Mietwohnungen leben. Somit ist die Person, die die Kosten zahlt, nicht unbedingt die Person, die von den Maßnahmen profitiert. In Großbritannien und Frankreich kommen dafür regulatorische Maßnahmen wie Mindestanforderungen im Bereich Energieeffizienz oder ein Mietpreisstopp in Gebäuden der schlechtesten Energieeffizienzklasse zum Tragen.

Die finanzielle Unterstützung von Vermietenden in Kombination mit der Beschränkung von Mieterhöhungen nach Renovierungen könnte die richtigen Anreize bieten. „Weiche“ Maßnahmen wie Informationskampagnen, z. B. der Stromspar-Check in Deutschland, können eine hohe Anzahl von Haushalten erreichen und unkompliziert Unterstützung bieten.



Für Deutschland verfügbare EU-Mittel

Land

Deutschland

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

10,9 Mrd. €

30 % für Ziel 2: ein grüneres, CO₂-ärmeres Europa

Inkl. Energiewende, Kreislaufwirtschaft, Anpassung an den Klimawandel, Risikomanagement

European Social Fund Plus

6,5 Mrd. €

Inkl. Investitionen in Weiterbildung und Umschulungen, um eine klimaneutrale Gesellschaft zu schaffen

Europäischer Sozialfonds Plus

2,5 Mrd. €

für territoriales Programm für einen gerechte Energiewende

Zur Unterstützung der Ökologisierung und des Braunkohleausstiegs

Einnahmen aus Emissionshandel (ETS)

18,4 Mrd. € (2013–2021)

Einnahmen aus dem Energie- und Klimafonds, getrennt vom allgemeinen Bundeshaushalt

Aufbau- und Resilienzfazilität

2,5 Mrd. €

für ein umfassendes Sanierungsprogramm zur Erhöhung der Energieeffizienz von Wohngebäuden

Mindestens 42 % des Plans müssen auf die Klimaziele einzahlen.

Methodik

Diese Zusammenfassung basiert auf den Ergebnissen einer länderübergreifenden **Studie**, die sich auf Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Rumänien, Ungarn und Griechenland konzentriert.

1

Entlastungsbedarf: Die Autorinnen und Autoren erstellten eine Übersicht der Finanzierungsbedürfnisse für verschiedene Summen und Tragweiten (unterstützter Personenkreis) von Entlastungsmaßnahmen in sieben EU-Ländern bei unterschiedlichen Preisprojektionen (z. B. wenn die Preise auf dem hohen Niveau von 2022/2023 verharren oder wenn sich das Preisniveau einpendelt, aber über Vorkrisenniveau bleibt).



2

Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien: Die Autorinnen und Autoren entwickelten länderspezifische Maßnahmenpakete für die Bereiche Energieeffizienz und erneuerbare Energien und quantifizierten die Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte in diesen Ländern (definiert als Haushalte mit einem Einkommen, das unter 60 % des nationalen Medianeinkommens liegt). Bei der Auswahl der Maßnahmen wurde berücksichtigt, wie der nationale Gebäudebestand aussieht, wo einkommensschwache Haushalte leben, wie viel Energie mit der Maßnahme eingespart werden kann, wie hoch die Kosten der Maßnahme sind und wie einfach sich die Umsetzung gestaltet.

3

Förderprogramme: Die Autorinnen und Autoren erstellten eine Übersicht der aktuellen und zu erwartenden EU-Fördermittel, die für die Finanzierung von Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energie genutzt werden können, sowie nationaler Instrumente, die für diesen Zweck entwickelt wurden.

Kostenvergleich für unterschiedliche Entlastungsprogramme mit Investitionskosten zu verschiedenen Fördersätzen sowie Energiekosteneinsparungen (in Millionen Euro)

Entlastungsprogramme	Maximalpreis 2022–2023 ¹	Preis auf mittlerem Niveau ²
 30 % der zusätzlichen Energiekosten für alle Haushalte	14.089	6.687
 50 % der Energiekosten nur von Haushalten im ersten/zweiten Quintil	3.121 / 3.664	1.349 / 1.583
80 % der Energiekosten nur von Haushalten im ersten/zweiten Quintil	4.994 / 5.000	2.158 / 2.532

Investitionskosten für vulnerable Haushalte

Investitionskosten auf Jahresbasis

50% Förderung

210

80% Förderung

336

Gesamtinvestitionskosten

10.420

16.671

Energiekosteneinsparungen³

Jährlich insgesamt

**471
Mio. €**



Über die Laufzeit insgesamt

**20
Mrd. €**

Über die Laufzeit insgesamt pro Haushalt

3.420 €



1 Szenario, in dem der durchschnittliche Energiepreis dem Durchschnittswert zwischen August 2022 und Februar 2023 entspricht.
 2 Szenario, in dem der durchschnittliche Energiepreis dem Durchschnittswert zwischen 2021 und Anfang 2023 entspricht.
 3 Die Energiepreise für die Kalkulation der Energiekosteneinsparungen basieren auf durchschnittlichen Verbraucherpreisen der unterschiedlichen Energieträger für 2022.

Dies ist eine Kurzversion der Studie *Zielgerichtete Förderung – zielgruppenspezifische Investitionen zur Steigerung der Energiesicherheit und Verringerung der Energiearmut*, welche das Öko-Institut gemeinsam mit e-think energy research im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) erstellt hat. Die vollständige Studie finden sie unter https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Targeted_measures_final_report_web.pdf



